

Offener Brief an den SPD-Ortsverein DU-Großenbaum-Rahm

Ihre Begrüßung des Projektes „Rahmerbuschfeld“, die Sie auf Ihrer Website unter dem 06.05.2021 veröffentlicht haben, verlangt nach Gegendarstellung:

1.) Sie sagen, die SPD habe das Projekt von Anfang an „offen“ begleitet.

Tatsache ist: die SPD war von Anfang Vorreiter und Pusher der Maßnahme!

2.) Sie sagen, die geplanten Wohneinheiten seien deutlich(!) verringert worden.

Tatsache ist: Im Sommer 2019 war von 55 Wohneinheiten in Einfamilien- und Doppelhäusern die Rede, jetzt sind es 83 WE, darunter sogar 29 in zwei Mehrfamilienhäusern! Wenn DAS eine deutliche Verringerung ist...

3.) Sie sagen, der Nahversorger soll den Rahmern erhalten bleiben.

Tatsache ist: Die Rahmer wollen ihren kleinen, zentral gelegenen Markt an der Kirche behalten. Mit etwas Kreativität gibt es dort auch Erweiterungsmöglichkeiten, die jedoch der Eigentümer der Immobilie, der gleichzeitig auch Investor des neuen Marktes ist, aus nachvollziehbaren Gründen negiert. Für den Neubau war im übrigen von 2013 bis etwa 2016 eine Verkaufsfläche von ca. 800 qm geplant, jetzt sollen es 1.300 qm werden und zusätzlich noch eine Bäckerei und das alles teils im Landschaftsschutzgebiet! DAS und den Markt am äußersten Ortsrand wollen die Rahmer ganz sicher nicht!

4.) Sie sagen, es sei eine attraktive Bebauung vorgesehen.

Tatsache ist: Es ist eine phantasielose Einheitsarchitektur geplant, die insbesondere in einem Stadtteil wie Rahm mit seiner großzügigen, unterschiedlichen Architektur mit teils Villencharakter völlig fehl am Platze ist und vielmehr den Eindruck eines Fremdkörpers, einer ghettoähnlichen Trabantenstadt vermittelt.

5.) Sie sagen, es sei ein Kompromiss zwischen den Interessen a): der Bürger, b): dem Umweltschutz und c): der Stadtentwicklung gefunden worden.

Tatsache ist zu a): Die Interessen der Bürger sind schon 2016 im Rahmen einer Petition deutlich geworden, als nahezu 2.500 Bürger sich gegen das Projekt ausgesprochen haben, und damals ging es noch nur um den Supermarkt!

Tatsache ist zu b): Der Umweltschutz wird mit Füßen getreten. Die Schäden an Flora und Fauna werden in mangelhaften Gutachten schöngeredet, ein Landschaftsschutzgebiet bedenkenlos zubetoniert. Darüber hinweg täuschen als ungeeignete Alibifunktion auch keine begrünten Garagendächer und Nistplätze.

Tatsache ist zu c): Die Stadtentwicklung steht über allem. Kommerziellen und fiskalpolitischen Interessen werden gerade in der heutigen Zeit so entscheidende Aspekte wie Landschaftsschutz, Umwelt etc. bedenkenlos, ja scheinbar skrupellos untergeordnet.

6.) Sie sagen, Stadtplanung benötigt Fingerspitzengefühl.

Tatsache ist: Ja, Fingerspitzengefühl ist sehr wohl nötig. Genau das aber vermissen die Gegner der Maßnahme geradezu eklatant. Die Stadtverwaltung kehrt alle Einwände unter den Teppich, verschweigt die o.a. Petition geflissentlich und hat angreifbare Gutachter bestellt, um ihre Interessen mit aller List und Macht durchzusetzen und vermittelt so den Gegnern der Maßnahme das Gefühl von Ohnmacht, ja Verhöhnung, vor allem, wenn Sie behaupten, alle Interessen seien einbezogen worden.

7.) Sie sagen, die Rahmer wünschten sich eine Packstation.

Tatsache ist: Dafür ist es ganz sicher nicht notwendig, ein Landschaftsschutzgebiet unwiederbringlich zu zerstören. Eine solche Packstation kann auch am jetzigen Standort errichtet werden.

8.) Sie sagen, die neue Bebauung würde den Stadtteil Rahm stärken.

Tatsache ist: Die neue Bebauung schwächt den Ortsteil fundamental, denn sie bewirkt

- mehr Verkehr und damit
- mehr Gefährdung im Straßenverkehr
- mehr Luftverschmutzung und Immisionen
- eine beispiellose Umweltzerstörung
- eine Überforderung der gesamten Infrastruktur im Ortsteil
- eine Zerstörung des dörflichen Charakters von Rahm
- eine Ablehnung der Maßnahme durch die Mehrheit der Rahmer, die dies in der Bürgerinitiative zum Ausdruck bringen.

Das Einzige, was gestärkt wird, sind die Einwohnerzahl von Rahm und damit die Steuereinnahmen, und dafür sind Sie bereit, alle die o.a. negativen Folgen nicht nur hinzunehmen, sondern den Bürgern auch noch als Vorteil und Erfolg zu „verkaufen“

Und wenn man dann noch bedenkt, dass die Zustimmung in der Bezirksvertretung mit einer Stimme Mehrheit nur zustande kommen konnte, weil zwei Gegner bei der Abstimmung nicht anwesend waren, dann kommt bei den Gegnern in Rahm das Gefühl von Ungerechtigkeit und Verrat auf.

Jürgen Ritter